

Erwartungen der Brandenburgischen Landesrektorenkonferenz an die Landespolitik

Die Fragen werden zusammenhängend beantwortet:

Wie beurteilt Ihre Partei den aktuellen Entwicklungsstand der brandenburgischen Hochschulen, insbesondere hinsichtlich Studienplatzkapazität, Fächerspektrum, Forschungsstärke sowie regionaler Verteilung?

Wie stellen Sie sich die künftige Finanzierung der Brandenburger Hochschullandschaft vor, um ihre Wettbewerbsfähigkeit weiter zu steigern und exzellente Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler zu gewinnen und halten?

Welche hochschulrelevanten Maßnahmen der Standortförderung (z. B. Infrastrukturmaßnahmen, Gründungsförderung) planen Sie?

Antwort:

Brandenburg verfügt über eine leistungsfähige Hochschul- und Forschungslandschaft. Unsere acht Hochschulen sind Grundlage für die weitere erfolgreiche Entwicklung unseres Landes. Sie sind ein zentraler Ort für die Gewinnung von qualifizierten Fachkräften. Deshalb setzen wir die schrittweise Erhöhung der Hochschulfinanzen fort und werden die Grundfinanzierung in jedem Jahr um 5 Millionen Euro aufstocken. Wir haben uns vorgenommen, die Studierendenzahlen auf hohem Niveau zu halten und weiter in die Qualität zu investieren.

Hochschulen und außeruniversitäre Forschungseinrichtungen sollen weiterhin einen wichtigen Beitrag zum Wissenstransfer leisten. Deshalb wollen wir das Zusammenwirken von Unternehmen, Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen mit entsprechenden Förderprogrammen, wie dem Brandenburgischen Innovationsgutschein, weiter verbessern.

Eine große Bedeutung kommt den Präsenzstellen der Hochschulen zu. Sie sind das Schaufenster für Unternehmen und Studierende. Mit den Präsenzstellen leisten wir einen wichtigen Beitrag zur Sicherung des regionalen Fachkräftebedarfs und ebenso zur Kooperation der Wissenschaft insbesondere mit Wirtschaft und Zivilgesellschaft vor Ort. Ziel ist es, bestehende und neue Unternehmen mit Wissenschaft und Forschung zu vernetzen, Fachkräfte zu gewinnen und neue Märkte zu erschließen. Wir

werden die Hochschulen und Forschungseinrichtungen dabei unterstützen, ihre Präsenz in der Region erhöhen.

Ein Schwerpunkt der Stärkung von Wissenschaft und Forschung liegt in der Lausitz durch den perspektivischen Ausbau der BTU Cottbus-Senftenberg, dem Aufbau neuer außeruniversitärer Forschungseinrichtungen und einer Transfereinrichtung in der Westlausitz in Finsterwalde. In der Prignitz werden wir eine Zukunftsakademie Brandenburg aufbauen, die Weiterbildung zum Beispiel im Bereich der Digitalisierung anbietet. Die Präsenzstelle in Schwedt werden wir durch eine noch engere Verknüpfung mit der dortigen Industrie und der Hochschule in Stettin sowie eine Außenstelle in Prenzlau ausbauen. Im Bereich der Gesundheitsversorgung wollen wir die Medizinische Hochschule Brandenburg weiterentwickeln und den Brandenburgischen Gesundheitscampus weiter fördern, um die Mediziner Ausbildung in Brandenburg zu verbessern. Unter dem Dach des Gesundheitscampus wollen wir schrittweise eine Universitätsmedizin aufbauen. Dabei nutzen wir die Ressourcen der BTU Cottbus-Senftenberg und des Carl-Thiem-Klinikums und leisten so einen wichtigen Beitrag zur Bewältigung des Strukturwandels. Zudem prüfen wir die Einrichtung eines Pharmazie-Studienganges.

Vor dem Hintergrund der erfolgreichen Entwicklung am Standort Potsdam-Golm werden wir in Abstimmung mit der jeweiligen Kommune und Hochschule auch in sieben anderen Städten wertschöpfungsorientierte Innovations- und Clusterstandorte in räumlicher Nähe zu Hochschulen unterstützen. Zusätzlich werden wir Unterstützungsmaßnahmen für Start-ups auf den Weg bringen und insbesondere daran arbeiten, Gründerinnen und Gründern Räume zu schaffen, in denen sie ihre Ideen entwickeln und vorantreiben können.

Mit dem Doppelhaushalt 2019/2020 haben wir die Weichen für die Zukunft gestellt, um den erfolgreichen Ausbau der Hochschulen weiter fortzusetzen, die Lehrerbildung deutlich auszuweiten und die Präsenz der Hochschulen in der Fläche des Landes zu verstärken. Und mit der neuen Hochschulrahmenvereinbarung geben wir den Hochschulen unseres Landes Planungssicherheit bis ins Jahr 2023. Zur Umsetzung der Vereinbarungen erhalten die Hochschulen knapp 1,8 Milliarden Euro Landesmittel bis Ende 2023 - so viel wie nie zuvor.

Wo sehen Sie Reformbedarf in Bezug auf das Brandenburgische Hochschulgesetz?

Antwort:

Das Brandenburgische Hochschulgesetz (BbgHG) ist erstmalig im Jahr 1991 in Kraft getreten. Bis in die Gegenwart hat das Gesetz bereits über zehn grundlegende Novellierungen erfahren. Diese Gesetzesänderungen zeigen beispielhaft die Dynamik im deut-

schen Hochschulrecht. Für die SPD ist das Brandenburgische Hochschulgesetz ein gutes und modernes Gesetz, das viele berechnigte Interessen zusammenbringt. Auch in Zukunft wird die SPD das Hochschulrecht entsprechend aktueller Herausforderungen weiterentwickeln.

Ein erheblicher Teil der so genannten Rücklagen der Hochschulen resultiert aus Verzögerungen im Hochschulbau. Was plant Ihre Partei, um die Realisierung von Hochschulbauvorhaben zu beschleunigen?

Antwort:

Die für Bauvorhaben notwendigen Planungs- und Genehmigungsverfahren sind oft langwierig und kompliziert. Unser aller Anliegen muss es sein, die Planungen zu forcieren, um zügiger bauen zu können. Wir werden darauf hinwirken, dass das Zusammenspiel zwischen Planern, Hochschulen, Land und Behörden noch besser Hand in Hand gehen. Das Erarbeiten von Lösungen heißt für uns, dass gewohnte Praxismuster überdacht und bestehende Verfahrensabläufe weiter vereinfacht werden. Wir freuen uns, dass wir mit der Errichtung eines neuen Lehr- und Forschungsgebäudes für die Lehrerbildung zeitnah 44 Millionen Euro in eine leistungsfähige und zeitgemäße Lehrerbildung investieren und damit die Qualität an den Brandenburger Schulen stärken können.

Wie planen Sie die Hochschulen mit der zunehmenden Aufgabe bei der Übernahme von gesellschaftlicher Verantwortung für die Region (Third Mission) zu unterstützen?

Antwort:

Für die SPD sind Brandenburgs Hochschulen der Motor für Innovation, wirtschaftliche Stärke und qualifizierte Fachkräftesicherung in unserem Land. Neben ihrem Lehr- und Forschungsauftrag leisten unsere Universitäten und Fachhochschulen weit mehr als grundständige Studienangebote oder zweckfreie Grundlagenforschung: Weiterbildungsangebote, Wissenstransfer, Gründungsförderung und gesellschaftliches Engagement gehören zu ihren wichtigen Tätigkeiten. Darin werden wir auch zukünftig unsere Hochschulen unterstützen. Mit der Transferoffensive Brandenburgs haben wir bereits wichtige Impulse für die Verbesserung des Wissenstransfers gegeben. Daran wollen wir anknüpfen, indem wir das Zusammenwirken von Unternehmen, Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen mit entsprechenden Förderprogrammen wie dem Brandenburgischen Innovationsgutschein weiter verbessern. Wissenstransfer trägt vor allem dazu bei, jungen Menschen gute berufliche und damit Lebensperspektiven im Land Brandenburg zu eröffnen. So haben wir für die Jahre 2019 und 2020 insgesamt 4 Millionen Euro für die Umsetzung der bundesweit beispielhaften Transferstrategie und den Ausbau des Wissens- und Technologietransfers bereitge-

stellt. Die Erhöhung der Hochschulmittel hat dabei nicht nur die Hochschulen, sondern das ganze Land in seiner gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklung vorangebracht. Darüber hinaus unterstützen wir unsere Hochschulen im Rahmen der Bund-Länder-Förderinitiative „Innovative Hochschule“, die die Profilierung des forschungs-basierten Ideen-, Wissens- und Technologietransfers weiter vorantreibt.

Die Studienanfängerquote ist in Deutschland von 36,1% im Jahr 2001 auf 55,9% im Jahr 2018 gestiegen. Dies führt zu einer zunehmenden Heterogenität der Studierendenschaft. Welche Vorstellungen haben Sie vor diesem Hintergrund, um den Übergang von Schule zu Hochschule bzw. zwischen Beruf und Hochschule erfolgreich zu gestalten?

Antwort:

Wir wollen unsere Jugendlichen gut auf ihre Ausbildung, ihr Studium und den Berufsweg vorbereiten. Dafür ergreifen wir eine Reihe von Maßnahmen. Einerseits werden wir die weiterführenden Schulen stärken, um die Unterstützung der Schülerinnen und Schüler bei der Berufswahl und Studienorientierung weiter zu verbessern. Andererseits setzen wir auf die enge Zusammenarbeit mit unseren Hochschulen, der Bundesagentur für Arbeit und den Handwerks- sowie den Industrie- und Handelskammern. Eine große Bedeutung kommt hierbei den Präsenzstellen der Hochschulen zu. Zudem werden wir uns auf der Bundesebene dafür einsetzen, dass antiquierte Bildungs-schranken zwischen den Bundesländern abgebaut werden, auch um den Schulwechsel zu erleichtern. Zum Beispiel soll die Vergleichbarkeit von Schulabschlüssen verbessert werden.

Welche Konzepte haben Sie, um die soziale Situation der Studierenden (sinkender Anteil der BAföG-Förderquote, Wohnungsmangel, zu wenige Mensaplätze etc.) zu verbessern und so auch Studierenden aus Nicht-Akademikerhaushalten ein erfolgreiches Studium zu ermöglichen?

Antwort:

Die Verbesserungen beim BAföG sind ein zentrales Anliegen der SPD. Wir wollen, dass mehr Studierende BAföG erhalten. Für uns ist das BAföG ein wichtiges Instrument, um die Chancengleichheit in der Bildung zu verbessern. Ob oder was jemand studiert, darf nie vom Einkommen der Eltern abhängen. Dafür steht die Sozialdemokratie seit jeher. Auf Bundesebene haben wir deutliche Verbesserungen beim BAföG durchgesetzt. Mit der jetzt vorliegenden Gesetzesnovelle, die zum 1. August 2019 in Kraft treten soll, wollen wir den Wohnzuschlag, die Bedarfssätze, den Förderungshöchstsatz, die Einkommensfreibeträge und den BAföG-Zuschlag zur Kranken- und Pflegeversicherung erhöhen. Dafür stellt Finanzminister Olaf Scholz insgesamt 1,23 Milliarden Euro bereit.

Steigende Studierendenzahlen und immer weniger verfügbarer Wohnraum erschweren vielen das Studium. Deshalb wollen wir im Land Brandenburg mehr in den Neubau investieren, 2.000 neue Wohnheimplätze schaffen und streben an jedem Hochschulstandort eine Versorgungsquote von 20 Prozent an. Wir werden den Studentenwerken die dafür nötigen Finanzmittel zur Verfügung stellen. Die Umsetzung soll anhand eines Förderprogramms für studentischen Wohnraum erfolgen.

Studierende sollen auch im Rahmen ihrer Tätigkeit als Hilfskräfte an Hochschulen gerecht und gleich entlohnt werden. Deshalb streben wir einen gemeinsamen tariflich vereinbarten Lohn für sie an.

Mit dem Nachtragshaushalt 2018 haben wir weitere finanzielle Mittel bereitgestellt, um das Angebot studentischen Wohnens in Brandenburg zu erweitern. Der Bau von Wohnheimen in Frankfurt (Oder) und Wildau wird die soziale Situation der Studierenden weiter verbessern. Zudem wird ein neues Wohnheim für Studierende auf dem Campus der Universität Potsdam in Golm ab dem Wintersemester 2019/20 insgesamt 308 Studierenden Platz bieten. Das alles sind gezielte Maßnahmen, mit denen wir zur Attraktivität eines Studiums in Brandenburg beitragen. Hinzu kommt, dass wir das von der SPD eingeführte Brandenburger Schüler-BAföG, welches wir in diesem Jahr auf 125 Euro monatlich erhöht haben, fortsetzen und verstärkt bewerben.

Soll der erste berufsqualifizierende Abschluss gebührenfrei bleiben? Welche Vorstellungen haben Sie zur Stärkung der Weiterbildung an staatlichen Hochschulen? Soll Weiterbildung durchweg gebührenpflichtig sein?

Antwort:

Die SPD lehnt allgemeine Studiengebühren für das Erststudium ab. Sie halten viele junge Menschen vom Studieren ab, belasten einkommensschwache Familien finanziell und setzen Studierende einem unverhältnismäßigen Schuldenrisiko aus.

Wir Sozialdemokraten stehen zum Grundsatz des lebenslangen Lernens. Als Teil unserer modernen Arbeitswelt erreichen Weiterbildung und lebensbegleitendes Lernen einen immer höheren Stellenwert in unserer Gesellschaft. Für die Sozialdemokratie sind gut ausgebildete Fachkräfte das Rückgrat unserer Wirtschaft und die Basis unseres Wohlstandes. Eine moderne Förderung, die die Menschen dabei unterstützt, Weiterbildung, Beruf und Familie auszubalancieren, ist dafür der richtige Weg. Gerade die fortschreitende Digitalisierung verändert die Arbeitswelt von heute. Darauf müssen wir die Menschen vorbereiten und die digitalen Kompetenzen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern stärken. Dazu wollen wir mehr Fort- und Weiterbildungsangebote unterbreiten und einen Digitalen Weiterbildungscampus gründen. Unser Ziel ist es, ge-

meinsam mit den Trägern, Einrichtungen und Landesorganisationen der Weiterbildung zu erreichen, dass Erwachsene jeden Alters sich weiterbilden und beruflich aufsteigen können.

Brandenburg als internationaler Hotspot: Mit welchen Mitteln fördern Sie die Hochschulen auf ihrem Weg zur Internationalisierung? Welche Vorstellungen hat Ihre Partei zur Stärkung der Willkommenskultur?

Antwort:

Der SPD ist es wichtig, die Internationalisierung in Wissenschaft, Forschung und Lehre weiter voranzutreiben. Internationalisierung entscheidet vor allem auch über die Erfolgsaussichten im Wettbewerb um gutes Personal. Aufgrund der Globalisierung ist Brandenburg mehr denn je auf internationale Zusammenarbeit und Kooperationen in Bildung, Forschung und Wissenschaft angewiesen. Unser Ziel muss es deshalb sein, unsere Hochschulen und Forschungseinrichtungen dabei zu unterstützen, den Austausch in Lehre und Forschung über Landesgrenzen hinweg weiter aktiv zu begleiten. Eine große Rolle spielen dabei Stipendien und institutionelle Wissenschaftskooperationen, die den Fokus auf den personellen Austausch legen. Im Ergebnis tragen wir damit zur Stärkung unserer Innovationskraft und zum wirtschaftlichen Erfolg Brandenburgs bei. Gleichzeitig leisten wir einen wichtigen Beitrag zum besseren gegenseitigen Verständnis auf europäischer und globaler Ebene.

Welche Maßnahmen sieht Ihre Partei als wichtig an, um die nationale Strategie für Künstliche Intelligenz der Bundesregierung für Brandenburg auszulegen?

Antwort:

Wir unterstützen das Ziel, Deutschland zu einem führenden Standort für Künstliche Intelligenz (KI) zu machen. Bis 2025 sollen insgesamt drei Milliarden Euro an Fördergeldern zur Verfügung gestellt werden. Wir sind froh, dass gerade in Ostdeutschland neue KI-Zukunftszentren entstehen, die die vorhandene Innovationskraft bündeln und den Strukturwandel mitgestalten. Die nationale Strategie für Künstliche Intelligenz nimmt deshalb eine zunehmende Rolle für die zukünftige Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes ein. In diesem Rahmen sehen wir eine zentrale Aufgabe der Hochschulen im Bereich der Digitalisierung. Mit der Einrichtung von 25 Digitalisierungsprofessuren wollen wir innovative interdisziplinäre Forschung ermöglichen, deren Ergebnisse der Brandenburger Wirtschaft zugutekommen. Bei der sozialen Ausgestaltung der Strategie gilt es, auf einen breiten gesellschaftlichen Dialog zu achten. Uns ist es wichtig, dass sich der Alltag der Bürgerinnen und Bürger, ob im Privaten oder am Arbeitsplatz, zum Positiven

entwickelt. Denn wir werden den technischen Fortschritt nur dann erfolgreich meistern, wenn er mit sozialem Fortschritt einhergeht.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Erik Stohn', with a long horizontal flourish extending to the right.

Erik Stohn

Generalsekretär